

Frau Ursula von der Leyen
Präsidentin der Europäischen Kommission
Rue de la Loi 200
B-1049 Brussels
- per E-Mail geschickt -

Brüssel, 13. Juni 2022

Weitere Maßnahmen in der Landwirtschaft aufgrund des Ukraine-Krieges

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Frau von der Leyen,

letzte Woche feierten wir 60 Jahre Gemeinsame Agrarpolitik in der EU. Vor 60 Jahren wurde die Gemeinsame Agrarpolitik ins Leben gerufen, um der Herausforderung der damaligen Zeit, ausreichend Nahrungsmittel für die europäische Bevölkerung zu garantieren, zu begegnen - rückblickend können wir sagen, dass die GAP dieses Ziel erreicht hat.

Die Zeiten der Lebensmittelknappheit schienen in Europa seit Langem vorbei. Wie Sie selbst diese Woche in der Plenardebatte im Europäischen Parlament erwähnt haben, zeigt uns die russische Invasion in der Ukraine die schwerwiegenden Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion und die Ernährungssicherheit in der Welt auf. Die daraus resultierende Unterbrechung der ukrainischen Agrarproduktion und -exporte sowie die gegen Russland verhängten Sanktionen werden die globalen Märkte und die Lebensmittelversorgung stark beeinträchtigen. Die Gefahr einer Versorgungskrise vor unserer europäischen Haustür - und damit nicht nur in der Ukraine, sondern vor allem auch Nordafrika - wächst. Putin erpresst die Welt, indem er ihr Getreide vorenthalten will und zwingt sie in eine künstlich hervorgerufene Hungersnot und - wie Sie selbst erwähnten - Lebensmittel sind nun Teil des „Terror-Arsenals“ des Kremls geworden.

Als Europäer müssen wir uns auf die neuen Gegebenheiten einstellen. Wir müssen nicht nur Solidarität mit dem ukrainischen Volk zeigen, sondern auch die Ernährungssicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellen und unseren Teil dazu beitragen, die Ernährungssicherheit in Regionen der Welt zu gewährleisten, in denen diese durch die aktuelle Krise bedroht ist.

Auf europäischer Ebene hat die Kommission mit den Maßnahmen zur Krisenreserve, den solidarity lanes und der Möglichkeit zum Fruchtwechsel kurzfristig entsprechend reagiert. Weitere Maßnahmen sind hier unabdingbar.

Neben europäischen Vorgaben gäbe es ebenso Möglichkeiten, gezielt in den einzelnen Mitgliedstaaten Maßnahmen zu ermöglichen. Deutsche Landwirte wünschen ebenso, einen Beitrag gegen die Lebensmittelknappheit zu leisten. Beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs



Ende Mai hatten Sie höhere Getreideexporte aus Europa angekündigt. Dafür müssen aber nun auch Grundlagen geschaffen werden.

Wir fordern daher einen europäischen Ernährungsgipfel, in welchem Maßnahmen und Forderungen für die Ernährungssicherheit in Europa und der Welt festgelegt werden.

Europa und vor allem Deutschland befinden sich in einer landwirtschaftlichen Gunstlage. Hier sehen wir Deutschland daher als eines der größten Agrarländer der Europäischen Union in der Pflicht, entsprechende Maßnahmen anzugehen.

Wir fordern von der Europäischen Kommission die zweijährige Aussetzung der Flächenstilllegungsverpflichtung von 4% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der neuen GAP, die 2023 in Kraft tritt. Das Potential unserer Böden darf nicht ungenutzt bleiben.

Bei der Umsetzung der Nitratrichtlinie müssen Anpassungen ermöglicht werden. Eine Unterdüngung von 20% in roten Gebieten, wie dies in Teilen Deutschlands der Fall ist, widerspricht der wissenschaftlichen Empfehlung beim Thema Pflanzenernährung. Eine Pflanze braucht genügend Nährstoffe, um sich entsprechend zu entwickeln. Bei genauer Dosierung erfolgt dadurch kein weiterer Eintrag an Nitrat, weil die Pflanze dies komplett aufnimmt. Eine Lösung könnte sein, dass in diesen roten Gebieten für kurze Zeit die verpflichtende Unterdüngung ausgesetzt wird, wenn Landwirte auf diesen Äckern Brotweizen anbauen, um damit der Weizenknappheit am Markt zu begegnen.

Ackerfähiges Grünland sollte für einen kurzen Zeitraum wieder zu Ackerland umgewandelt werden dürfen. Eine Lockerung der Grünlandregelungen wäre jederzeit möglich. Selbst wenn wir in Deutschland nur 1% mehr Ackerland mobilisieren, entspräche dies knapp 120 000 Hektar an Fläche. Diese Maßnahme würde die Lage auf dem Markt ebenso entspannen.

Wir appellieren an die Europäische Kommission, die oben genannte Maßnahmen nicht nur in Betracht zu ziehen, sondern diese zu ermöglichen. Sie wären bürokratisch einfach hinzubekommen. Durch deren Ermöglichung würden deutsche Landwirtinnen und Landwirte einen Beitrag zur Bekämpfung der Lebensmittelknappheit leisten können.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Lins MdEP
Manfred Weber MdEP
Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP
Daniel Caspary MdEP
Hildegard Bentele MdEP

Karolin Braunsberger-Reinhold MdEP

Christian Doleschal MdEP

Lena Düpont MdEP

Markus Ferber MdEP

Michael Gahler MdEP

Jens Gieseke MdEP

Niclas Herbst MdEP

Dr. Peter Jahr MdEP

Marlene Mortler MdEP

Dr. Markus Pieper MdEP

Dennis Radtke MdEP

Christine Schneider MdEP

Dr. Andreas Schwab MdEP

Ralf Seekatz MdEP

Prof. Dr. Sven Simon MdEP

Marion Walsmann MdEP

Rainer Wieland MdEP